



**Aus der Corona-Pandemie lernen für die
Bewältigung künftiger Gesundheitskrisen**

Aus der Corona-Pandemie lernen für die Bewältigung künftiger Gesundheitskrisen

Nach der Aufhebung sämtlicher Corona-Maßnahmen und der Beendigung der Meldepflicht für SARS-CoV-2 zum 30. Juni 2023 legt die Vorarlberger Landesregierung einen abschließenden Bericht vor, der wesentliche Eckpunkte des Pandemiegeschehens und die entsprechenden Lehren, die daraus gezogen werden, festhält. Bausteine des Berichts sind die Evaluierung der Modellregion Vorarlberg 2021 und die Ergebnisse des BürgerInnenrats (inklusive Online-Befragung), die Abwicklung von Entschädigungszahlungen sowie ein Vergleich des Pandemieverlaufs im Kanton St. Gallen und Vorarlberg. Die aus den gesammelten Daten abgeleiteten Empfehlungen sind untergliedert in Maßnahmen, die sofort ins Regelsystem übernommen wurden bzw. werden, in solche, die künftig so nicht mehr oder anders umgesetzt werden sollen und in solche, die sich bewährt haben. Landeshauptmann Markus Wallner, Landesrat Daniel Zadra und Landesrätin Martina Rüscher unterstreichen bei der Präsentation des Berichts im Pressefoyer das Ziel für die Zukunft: „Die Corona-Pandemie war eine enorme Herausforderung für die gesamte Bevölkerung, für SystempartnerInnen und EntscheidungsträgerInnen. Dabei wurde zu jedem Zeitpunkt nach bestem Wissen und Gewissen aufgrund des jeweiligen Erkenntnisstandes gehandelt. Nun gilt es, all das, was wir aus dieser Situation und den gemachten Erfahrungen gelernt haben, mit heutigem Wissen zu bewerten und festzuhalten, um für die Bewältigung möglicher künftiger Gesundheitskrisen gerüstet zu sein.“

Im Rahmen der 3. Corona-Welle wurden in Vorarlberg im Frühjahr 2021 im Rahmen einer Modellregion ein Lockdown vermieden und bei anhaltend niedriger 7-Tages-Inzidenz eine Reihe von Öffnungsschritten gesetzt – sowohl in der Gastronomie als auch an den Schulen sowie in Sport und Kultur. Um deren Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen zu beobachten und zu belegen, wurde eine begleitende Evaluierung durchgeführt.

Die Modellregion Vorarlberg wurde zum einen laufend durch die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) mit einer tagesaktuellen, epidemiologischen Beurteilung und mit wöchentlichen intensivierten Surveillance-Berichten wissenschaftlich begleitet. Zum anderen wurden vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und dem Amt der Vorarlberger Landesregierung eine wissenschaftliche Begleitung beim Institut für Allgemeinmedizin und evidenzbasierte Versorgungsforschung der Medizinischen Universität Graz beauftragt.

Modellregion Vorarlberg fand hohe Akzeptanz

In einer Befragung der Bevölkerung gaben über 82 Prozent an, die von der Landesregierung im Frühjahr 2021 gesetzten Maßnahmen in der Modellregion „vollkommen“ bzw. „teilweise“ zu

akzeptieren. Ein großer Teil der Befragten äußerte hohes Vertrauen in öffentliche Institutionen, wobei dieses mit zunehmenden Alter anstieg. Im Juni 2021 wurde zusätzlich eine Online-Befragung in Vorarlberger Betrieben durchgeführt. Dabei wurden 698 ArbeitgeberInnen/Führungskräfte sowie 1.183 erwerbstätige ArbeitnehmerInnen befragt. 65 Prozent der ArbeitnehmerInnen bewerteten die gesetzten Maßnahmen in Betrieben als richtig und trugen diese mit, weniger als 30 Prozent schätzten die wirtschaftliche Gefahr durch die Pandemie als groß ein. Verbesserungspotential im Betrieb sahen viele im Corona-Management (Organisation und Kommunikation). Die Ergebnisse deckten sich in wesentlichen Bereichen mit denen der ArbeitgeberInnen.

Somit zeigte sich insgesamt eine große Bereitschaft der Bevölkerung, die Öffnungsschritte der Landesregierung im Rahmen der Modellregion Vorarlberg mitzutragen.

BürgerInnenrat mit wertvollen Rückmeldungen und Impulsen

Zur Vorbereitung eines BürgerInnenrates zum Thema Kommunikation während der Corona-Pandemie wurde im April 2023 eine weitere Online-Befragung durchgeführt. Dazu wurden 2.400 BürgerInnen eingeladen. Zum anschließenden BürgerInnenrat wurden 600 zufällig Ausgewählte eingeladen und von den Interessierten 12 per Los ausgewählt.

Die sieben wesentlichen Erkenntnisse aus der Online-Konsultation lauten:

1. Es braucht mehr Gesundheitskompetenz durch Bildung und Bewusstsein
2. Vertrauen, Kommunikation und vertrauenswürdige Informationsquellen sind notwendige Grundlagen
3. Eigenverantwortung und gesunde Lebensweise sollen gestärkt werden
4. Hohe Bedeutung von gut verständlicher Information und einem stabilen ExpertInnenrat
5. Pandemiemaßnahmen führten zu gegensätzlichen Haltungen in der Gesellschaft
6. Lernerfahrungen sollen für die Zukunft festgehalten werden
7. Soziale Aspekte, gesellschaftliche Auswirkungen und Zusammenhalt sollen bei Maßnahmen mit beurteilt werden

Die Ergebnisse des BürgerInnenrats lassen sich in zwei Teilbereiche gliedern:

- Was ist für uns klargeworden, worüber sind wir uns einig?
 - Gesundheitskrisen benötigen Vorbereitung, aus Erfahrungen soll gelernt werden
 - Maßnahmen sollten europaweit einheitlich und konsequent umgesetzt werden
 - Für Lösungen mit Hausverstand die Bevölkerung einbeziehen
 - ExpertInnen einbinden und transparent kommunizieren
 - Ängste sollten berücksichtigt werden
 - Gesundheitskompetenz und Bildung sollen gestärkt werden
 - Transparente Information und Informationskompetenz sind wesentlich für Vertrauen

- Welche Botschaften haben wir an die Politik für zukünftige Krisen?
 - Ehrliche und transparente Kommunikation auf Augenhöhe durch Politik
 - Auch in Krisenzeiten soll Menschlichkeit gewahrt werden
 - Entscheidungen auf Grundlage von ExpertInnenwissen fällen und verständlich erklären
 - Vorbereitung auf unvorhergesehene Ereignisse verstärken
 - Gesundheitsprävention stärken

Entschädigungszahlungen werden mit hoher Priorität bearbeitet

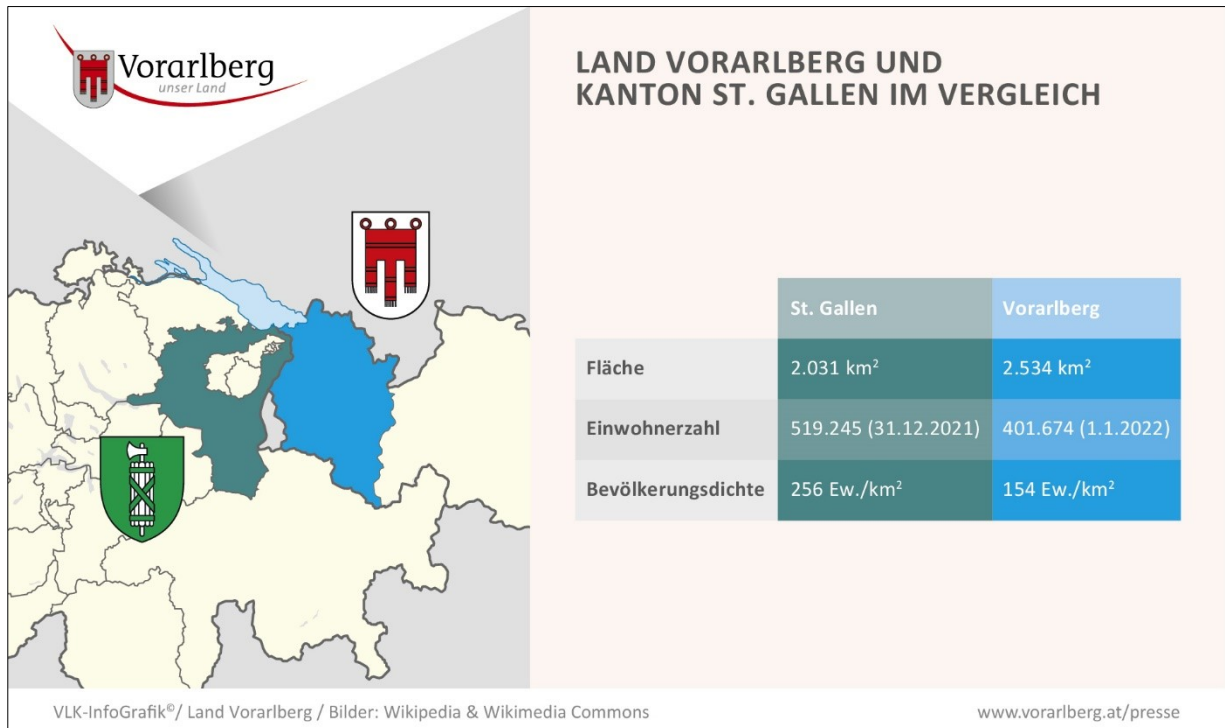
Die Bearbeitung von Corona-Entschädigungen läuft mit hoher Intensität. Schon im Februar 2021 wurden dafür bei den vier Bezirkshauptmannschaften eigene Abteilungen unter einer Leitung eingerichtet. In der Folge wurden Antragstellung und Bearbeitung durch ein Webformular erleichtert. Das Entschädigungsteam wurde mehrfach verstärkt und ist mit 58,5 Vollzeitstellen besetzt.

Mit Stand Juni 2023 wurden in Vorarlberg 93.889 Anträge auf Corona-Entschädigung eingereicht, davon sind bereits 42.686 Verfahren positiv und 2.927 Verfahren negativ beschieden. In Summe wurden schon mehr als 107 Millionen Euro an Vergütungen für Einkommens- bzw. Verdienstentgang bewilligt. Ziel ist es, alle offenen Anträge bis zum Ende dieser Legislaturperiode abzuarbeiten.

Corona in Vorarlberg und St. Gallen – interessanter Vergleich, aber mit Einschränkungen

Österreich und die Schweiz standen durch Corona vor ähnlichen Herausforderungen, die beiden Ländern haben zur Bekämpfung der Pandemie aber verschiedene Herangehensweisen gewählt. So gibt es auch Unterschiede in den Auswirkungen auf den Gesundheitssektor und die Ökonomie.

Ein Vergleich zwischen Vorarlberg und St. Gallen ist interessant, da sich das Land und der Kanton hinsichtlich Geographie und Demografie sowie in Größe und Einwohnerzahl ähnlich sind, er ist aber nur mit Einschränkungen möglich. Insbesondere gelten in beiden Ländern unterschiedliche Kompetenzregelungen, so können in Vorarlberg durch die Mittelbare Bundesverwaltung Maßnahmen des Bundes nur verschärft, aber nicht gelockert werden.



In Österreich und damit auch in Vorarlberg wurde von Anfang an ein strengerer und umfassenderer Ansatz zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus verfolgt. Es wurden auf Veranlassung des Bundes schon frühzeitig strikte Lockdown-Maßnahmen eingeführt, um die Infektionszahlen zu kontrollieren. Die österreichische Regierung hat auf die Schließung von Schulen, Geschäften und anderen nicht essentiellen Einrichtungen gesetzt, um die Kontakte zu minimieren. Zudem wurde die Maskenpflicht frühzeitig und konsequent umgesetzt. Diese Maßnahmen führten zwar zu erheblichen wirtschaftlichen Beeinträchtigungen – auch in Vorarlberg, aber sie trugen auch dazu bei, die Ausbreitung des Virus einzudämmen und das Gesundheitssystem zu entlasten.

Die Schweiz, und damit auch der Kanton St. Gallen hingegen verfolgte eine weniger strikte Politik. Es gab weniger umfassende Lockdown-Maßnahmen und viele Entscheidungen wurden auf regionaler Ebene getroffen. Die Regierung und das Gesundheitsdepartement des Kantons setzte verstärkt auf Empfehlungen, freiwillige Maßnahmen und die Eigenverantwortung der Bevölkerung. Dadurch blieben die wirtschaftlichen Auswirkungen weniger drastisch, das führte aber auch zu einer regional etwas längeren Dauer der Pandemie und zu teilweise höheren Infektionszahlen. Die Inzidenzzahlen sind auch deshalb schwer vergleichbar, weil in Österreich und damit auch in Vorarlberg weit mehr getestet wurde.

Beide Länder hatten mit einer hohen Belastung ihrer Gesundheitssysteme zu kämpfen. Die strengeren Maßnahmen in Österreich und damit auch in Vorarlberg ermöglichten eine etwas bessere Kontrolle der Infektionszahlen und eine marginal effektivere Bewältigung der Pandemie durch das lokale Gesundheitssystem. Auf Schweizer Seite war die Auslastung der Krankenhäuser zeitweise höher, und es gab zeitweise kolportierte Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Anstiegs der Infektionszahlen.

Wirtschaftlich erfuhr Österreich vor allem durch den längeren Lockdown einen stärkeren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und eine höhere Arbeitslosenquote, die aber in Vorarlberg besonders in der regionalen Industrie und im Tourismus durch das Angebot der Kurzarbeit relativ gut gemeistert wurde. Zudem hatte die Modellregion Vorarlberg den Effekt, dass Tourismus und Gastronomie sowie Sport und Kultur im Lande im Frühjahr 2022 um Monate vor dem Rest Österreichs den Lockdown ohne Schaden beenden konnten.

Die Schweiz hatte von vornherein eine etwas stabilere Ausgangslage, weil die Einschränkungen weniger umfassend waren. Dennoch wurde auch dort ein Rückgang des BIP und eine steigende Arbeitslosigkeit verzeichnet. Im Tourismus hat die Schweiz davon profitiert, dass Hotels nie vollständig geschlossen wurden und gegen Covid getestete Gäste auch Restaurant und Wellness-Einrichtungen im entsprechenden Hotel in Anspruch nehmen konnten.

Beachtet werden muss, dass die Effekte auf den Gesundheitsbereich und die Wirtschaft nicht nur von der Politik, sondern auch von anderen Faktoren wie der Bevölkerungsdichte, der Altersstruktur und der Kapazität des Gesundheitssystems abhängen. Es sind komplexe Zusammenhänge, die nicht ausschließlich auf die Covid-Politik allein zurückzuführen sind. Aufgrund dieser Faktoren einschließlich der öffentlichen Akzeptanz und damit auch der Umsetzung von Maßnahmen hatte jedes Land eine partikuläre Situation und spezifische Herausforderungen zu bewältigen. Zudem sind die unterschiedlichen politischen Systeme zu berücksichtigen.

Um eine umfassende Bewertung und einen sinnvollen Ländervergleich vorzunehmen, sollten weitere Faktoren und Daten berücksichtigt werden, einschließlich der aktuellen Entwicklungen und der internationalen wissenschaftlichen Diskussion über die Effektivität verschiedener Strategien, die derzeit noch nicht abgeschlossen ist.

Lessons learned

Im Zuge der Corona-Pandemie wurden viele Erfahrungen gesammelt. Zu sehen, welche Maßnahmen künftige Gesundheitskrisen erfordern, wird dennoch erst möglich sein, wenn ein betreffender Krankheitserreger bekannt ist. Klar ist aber: Für die Bewältigung der Covid-Pandemie waren Impfstoffe und Medikamente gemeinsam mit dem sich gleichzeitig abschwächenden Virus eindeutig die echten „Gamechanger“. Weiters hat sich trotz des Wunsches nach mehr regionalen Handlungsspielräumen das System der Mittelbaren Bundesverwaltung bewährt, etwa bei der bundesweiten Impfstoffbeschaffung für alle Bundesländer.

Dank des Engagements aller Systempartner, der MitarbeiterInnen im Gesundheitssystem und in der Landesverwaltung sowie der gesamten Bevölkerung ist Vorarlberg in Summe gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Die Pandemie hatte auch positive Auswirkungen – etwa in Form eines Digitalisierungsschubs – und brachte eine Reihe von Erkenntnissen, was künftig anders gemacht werden muss oder so nicht mehr gemacht werden soll.

Vieles davon wurde bzw. wird sofort umgesetzt, etwa in der Krisenversorgung, um Lieferengpässe bei Schutzmaterial oder Medikamenten zu vermeiden. Bewährt haben sich der Zusammenhalt und die starken Netzwerke in Vorarlberg sowie die Resilienz der landeseigenen Strukturen. Die Modellregion Vorarlberg hat es ermöglicht, regionale Spielräume zu nutzen. Auch die Impf- und Teststrukturen haben sehr gut funktioniert.

Zu jenen Maßnahmen, die in Zukunft nicht mehr in Frage kommen sollen, zählt vor allem das flächendeckende Distance Learning. Der Schulbetrieb und das Vereinsleben für Kinder und Jugendliche sollen möglichst aufrechterhalten bleiben. Weiters hatte die Impfpflicht durch die Ausgrenzung von Einzelpersonen mehr negative Folgen und auch die Krisenkommunikation über Websites, Hotlines, Dashboards usw. muss verbessert werden.

Zugleich ist auch der Bund gefordert. So müssen im Krisenfall Grenzregelungen im Schengenraum besser abgestimmt werden. Außerdem braucht es mehr Vorlaufzeit für Verordnungen des Bundes sowie Verbesserungen der Datenlage und beim Contact Tracing.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse

presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095

Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar